

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann, DVU

Für eine sozial gerechte Gesundheitspolitik

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich gegen Maßnahmen der Bundesregierung aus, die darauf abzielen, dass die Struktur des deutschen Gesundheitswesens insbesondere zu Lasten der Versorgung einkommensschwacher Patienten „reformiert“ wird.

Da gesundheitspolitische Fehlentscheidungen bereits erhebliche Verunsicherungen bei Patienten und Ärzten bewirkt haben, stellt die Bürgerschaft (Landtag) fest, dass der medizinische Versorgungsbedarf auch für Patienten mit geringem Einkommen gesichert sein muss.

Vor allem chronisch Kranke dürfen nicht als Kosten- und Normgrößen gehandelt werden.

Tittmann (DVU)